
DIE TRANSFORMATION NACH 1945 IN WESTDEUTSCHLAND

Rezension von: Dietmar Petzina
(Hrsg.), Ordnungspolitische Weichen-
stellung nach dem Zweiten Weltkrieg,
Schriften des Vereins für Social-
politik, Band 23, Duncker & Humblot,
Berlin 1991, 163 Seiten, DM 98,-.

1988 widmete der Verein für Socialpolitik seine Jahrestagung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Das geschah in der Form apologetischer Ergüsse, mit wenig Diskussion im Plenum und auch in den Arbeitskreisen. Obwohl sich diese Vereinigung als solche aller deutschsprachigen Nationalökonominnen, also auch der Österreicher und Schweizer versteht, hatte sie es nicht für nötig gehalten, zu diesem Anlaß auch die ganz anders gelagerten Erfahrungen der beiden Länder in irgendeiner Form zu erörtern.

Eine sachlich adäquate Reaktion zu diesem Jubiläum vermittelte erst der Wirtschaftshistorische Ausschuß durch eine Tagung über „Ordnungspolitische Weichenstellung nach dem 2. Weltkrieg“, deren Ergebnis nunmehr schriftlich vorliegt und eine Fülle hochinteressanter Studien enthält.

In der ersten Arbeit (Die ordnungspolitische Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland: Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft) beschäftigt sich W. Abelshausen mit der Frage, wieweit 1948 durch die „Soziale Marktwirtschaft“ überhaupt ein paradigmatischer Wechsel stattgefunden habe, ob das Konzept der „gebundenen Marktwirtschaft“ nicht schon während und in Übereinstimmung mit dem nationalsozialisti-

schen Regime entstanden wäre. Seine Vertreter hätten schon Anfang der dreißiger Jahre als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise einen starken Staat gefordert, einen „liberalen Interventionismus“, „... ein Eingreifen genau in die entgegengesetzte Richtung, als in der bisher eingegriffen worden ist, nämlich nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze“ (A. Rüstow).

Zwar sei natürlich während des Krieges die Wirtschaft anders organisiert gewesen, aber sowohl in der Lehre wie auch in Nachkriegskonzepten wäre die „gebundene Marktwirtschaft“ im Vordergrund gestanden. „Die Vorstellung, Soziale Marktwirtschaft sei nach 1945 als Reaktion auf staatliche Kontrolle und Lenkungswirtschaft entstanden, ist deshalb korrekturbedürftig. Ihre Kontinuität seit der Weltwirtschaftskrise – über das NS-Wirtschaftswunder hinweg – läßt sich nicht übersehen.“

Tatsächlich scheinen auch während des Krieges solche ordnungspolitische Vorstellungen weit verbreitet gewesen und über den beschriebenen Kreis hinausgegangen zu sein, wie man implizit und manchmal auch explizit der damaligen Literatur, wie etwa einer Arbeit A. Webers entnehmen kann⁽¹⁾. Abelshausen ist daher für diese Klärung zu danken, die ein vor allem von Protagonisten der sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegsliteratur gezeichnetes Bild korrigiert.

G. Ambrosius (Staatsausgaben und Staatsquoten der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren – ihre Einflußfaktoren im internationalen Vergleich) geht einem spezifischen Aspekt sozialmarktwirtschaftlicher Politik mit einer empirischen Untersuchung nach, nämlich wieweit sich das Ziel „weniger Staat“ in der Staatsquote niedergeschlagen habe. Die Analyse der diversen Erklärungsansätze zeigt, daß – wie der Autor selbst hervorhebt – hier der Forschung noch ein weiteres Feld offensteht. Signifikante Zusam-

menhänge ergeben sich eigentlich nur mit dem Einkommen, dessen Niveau positiv und dessen Wachstumsrate negativ mit der Staatsquote korreliert ist. Damit ist freilich nur ein statistischer Zusammenhang gegeben. Vielleicht wäre sein Ansatz zur Analyse der Staatsausgabenstruktur ein Weg, um Informationen über Kausalitäten zu gewinnen.

Wie immer dem sei, zeigt sich für die Untersuchungsperiode eine Tendenz zur internationalen Konvergenz der Staatsquoten. Die BRD hätte Anfang der fünfziger Jahre eine relativ hohe ausgewiesen, doch sei diese in dem Jahrzehnt langsamer gewachsen als in anderen OECD-Staaten, was aber auf das raschere Wirtschaftswachstum zurückzuführen sein dürfte. In den sechziger Jahren sei die Entwicklung im europäischen Durchschnitt verlaufen. Somit, meint Ambrosius, sei das wirtschaftspolitische Ziel der Neoliberalen von „weniger Staat“ keineswegs erreicht worden.

Die Studie scheint für den ausländischen Ökonomen insofern von besonderem Interesse, als sich dieser stets fragt, woran denn das legendäre Wirtschaftssystem der „Sozialen Marktwirtschaft“ erkenntlich sei oder wie weit es sich – sieht man von unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Akzenten ab – von jenem aller übrigen OECD-Staaten unterscheide; an der Staatsquote jedenfalls läßt sich nichts ausmachen.

Ausgangspunkt der Überlegungen Ch. Buchheims (Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wirtschaftsreform zur Ankurbelung des westdeutschen Wirtschaftswachstums in den 1940 Jahren) ist der Umstand, daß sich in den ersten Nachkriegsjahren die Industrieproduktion trotz stärkerer Reparationsbelastungen in der sowjetischen Besatzungszone rascher erholt habe als in den westlichen. Erst nach der Währungsreform 1948 sei der westdeutsche Industrieboom in Gang gekommen. Der Autor führt diese Ent-

wicklung darauf zurück, daß die jeweils konsequente Entscheidung für ein konsistentes Wirtschaftssystem zum Erfolg geführt, wogegen das Mischsystem von Planwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln im Westen vor 1948 nicht funktioniert habe.

Gerade die jüngsten Erfahrungen und Analysen des planwirtschaftlichen Systems lassen im Leser dieses Beitrags das Gefühl entstehen, das relativ schwache Wachstum im Westen sei vielleicht doch auf unzureichende statistische Erfassung zurückzuführen. Aber auch wenn dieser Verdacht unbegründet wäre, bleibt doch die Frage, ob der Unterschied wirklich auf die mangelnde Konsistenz des westdeutschen Nachkriegsplanungssystems zurückzuführen sei. Denn die ebenso inkonsistente Nachkriegsplanung in Österreich – die nota bene bis Ende 1951 hinausgezogen wurde – führte noch zu ganz anderen Ergebnissen als in der sowjetischen Besatzungszone.

Die industrielle Erzeugung in der SBZ habe im IV. Quartal 1946 55% des Niveaus von 1936 erreicht, im Jahresdurchschnitt 1947 54%. In der Bizone wären die entsprechenden Werte bei 38% und 40% gelegen. In Österreich dagegen hatte die reale industrielle Wertschöpfung 1946 im Jahresdurchschnitt 56,8% von 1936 betragen, 1947 schon 68% (2). Angesichts dieser Daten scheint eine weitere Diskussion dieses Problems wünschenswert.

G. Hardach (Transnationale Wirtschaftspolitik: Der Marshall-Plan in Deutschland 1947–1952) gibt einen umfassenden Überblick über die Entstehung und die sich wandelnden Zielsetzungen des Marshall-Plans sowie über die Probleme der Abstimmung mit der deutschen Wirtschaftspolitik, wobei der Autor wiederholt die Bemühungen der USA in Richtung der europäischen Integration hervorhebt.

Die beiden folgenden Aufsätze von F.-W. Henning (Soziale Marktwirt-

schaft und Landwirtschaft 1948/49 bis 1955) und G. Schulz (Wohnungspolitik und Wirtschaftsordnung: Die Auseinandersetzungen um die Integration der Wohnungspolitik in die Marktwirtschaft 1945 bis 1960) beschäftigen sich mit jenen Wirtschaftszweigen, die nicht oder sehr spät dem marktwirtschaftlichen Koordinationssystem unterworfen wurden – gleichfalls wie in anderen europäischen OECD-Staaten!

Henning porträtiert eine Entwicklung, die man auch von Österreich her kennt, in welcher die Phraseologie der „Versorgungssicherung“ als Paravent für eine rücksichtslose Interessenpolitik dient, durch welche die Mehrheit der Erwerbstätigen gezwungen wird, einer kleinen Minderheit laufend eine Rente zu zahlen und die Folgen der Ressourcenfehlallokation zu tragen. Ein Tabu, an das in unserer Gesellschaft nicht gerührt werden darf, wie die jüngsten GATT-Verhandlungen und jene Österreichs mit seinen östlichen Nachbarländern dartun.

Demgegenüber lassen sich ökonomische wie auch soziale Gründe für die strikte Wohnungsbewirtschaftung nach dem Kriege finden. Schulz dokumentiert den komplizierten Weg der deutschen Wohnungswirtschaft aus dieser Situation zu Marktteilungen, die zu Bereichen führen, die bereits vollständig der Marktkoordination unterliegen, und solchen, wo dies nur eingeschränkt der Fall ist.

Sehr informativ auch die abschließende Arbeit von H. Winckler

über die Position der deutschen Industrie- und Handelskammern (Industrie- und Handelskammern in der Bewährung 1945 bis 1956). Diese wurden von den Besatzungsmächten sehr unterschiedlich behandelt. Während sie von den Franzosen vollständig und den Engländern weitgehend akzeptiert wurden, versuchten die Amerikaner ihre Bedeutung auf einen Geselligkeitsverein zu reduzieren. Durch faktische Zusammenarbeit und passive Resistenz war die US-Politik letztlich zu Erfolgslosigkeit verurteilt. Interessant auch in diesem Zusammenhang das Bestreben der Kammern, die Pflichtmitgliedschaft beizubehalten, aber Mitbestimmungsansprüche der Gewerkschaften abzuwehren. Daraus läßt sich einerseits die vorteilhafte Existenz von den Arbeiterkammern ableiten, andererseits wird aber daraus auch deutlich, wie weit entfernt die deutsche Entwicklung damals von jener der österreichischen Sozialpartnerschaft verlief.

Felix Butschek

Anmerkungen

- (1) Weber, A., Deutsches Wirtschaftsleben (Berlin 1944) 82.
- (2) Kausel, Anton; Nemeth, Nandor; Seidel, Hans, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft (Wien 1965) 40.